

KOMMENTAR

Die Zerreißprobe

UKRAINE Mit Nemzows Tod hat das Land ein Problem mehr. Und jetzt steht offenbar eine Kabinettsumbildung an.

Der Mord an dem russischen Oppositionspolitiker und Kreml-Kritiker Boris Nemzow hat in der Ukraine die Liste der Probleme noch länger werden lassen. Nicht genug damit, dass sich mitten in der Krise im Osten ein neuer Gasstreit mit Russland anbahnt. Mit Nemzows Tod haben all die Kräfte Auftrieb erhalten, die eine militärische Lösung des Konflikts im Donbass fordern. Die Hoffnung auf eine baldige Entspannung schwindet – und Kiew tut wenig, um das zu ändern. Im Gegenteil.

In der Ukraine brennt es an allen Ecken – trotz der Verlautbarungen der OSZE-Beobachter, die in den vergangenen Tagen Hoffnung auf eine dauerhafte Waffenruhe signalisiert hatten und sich zufrieden mit der Umsetzung der Minsk-II-Vereinbarungen zeigten. Die OSZE-Sonderbotschafterin Heidi Tagliavini ging in einer UN-Sondersitzung in New York sogar noch einen Schritt weiter: Sie sehe „ermutigende Anzeichen für eine Stabilisierung der Lage“, sagte sie. Sicher: Die Zahl der aktiven Kampfhandlungen im Donbass ist seit rund einer Woche deutlich zurückgegangen. Doch bedeutet das tatsächlich, dass die Konfliktparteien nun dauerhaft die Waffen niederlegen? Viele Zeichen sprechen dagegen.

So ist zum Beispiel bisher nicht bekannt, wo die pro-russischen Separatisten ihre schweren Waffen hinschaffen, die sie seit Tagen von der Frontlinie abziehen. Die sonst eher öffentlichkeitsscheuen Separatisten hatten in den vergangenen Tagen scharenweise Reporter eingeladen, die den Abzug schweren Geräts filmen durften.

Auch die Reise einer Delegation ukrainischer Politiker und Sicherheitsexperten vergangene Woche nach Washington stimmt bedenklich. Ukrainische Medien veröffentlichten ganz unverhohlen die Liste jener Waffen, die Kiew aus den USA erwartet. Die Ukraine steht zwar kurz vor dem Staatsbankrott, für Waffeneinkäufe in aller Welt sind aber offenbar genügend Mittel vorhanden. Auch in Washington



VON NINA JEGLSKI, MZ

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook, Twitter und Google+

nimmt die Bereitschaft zu, der Ukraine stärker als bisher militärisch zu helfen. In der US-Army werden derzeit Soldaten mit ukrainischen Sprachkenntnissen gesucht. Und dann war Präsident Petro Poroschenko zu Wochenbeginn in Abu Dhabi und hat dort eine internationale Waffenmesse besucht. Mit den Vereinigten Arabischen Emiraten wurden Verträge zur militärischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit geschlossen.

Die Kiewer Regierung steht vor einer Zerreißprobe: Während in Poroschenkos Partei die Rufe nach Reformen in Wirtschaft, Verwaltung und vor allem im Energiesektor lauter werden, blockiert die Partei von Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk viele Vorhaben. Selbst Regierungsmitglieder wie Energieminister Wladimir Demtschischin kritisieren den Ministerpräsidenten öffentlich. In einem Interview mit dem ukrainischen Wochenmagazin „Fokus“ klagt der Minister, nicht nur die Oligarchen versuchten, die Reformen aufzuhalten, „auch Jazenjuk steht mehr im Wege, anstatt bei den Reformen zu unterstützen“.

Die nächsten Tage könnten Hinweise darauf geben, ob sich die Machtverhältnisse in Kiew verschieben. Anfang der Woche kommt das Parlament zu einer Sondersitzung zusammen, um den Haushalt für 2015 nachzubessern. Die Geldgeber des Internationalen Währungsfonds haben darauf bestanden, noch einmal ans Rentenniveau und die Verbraucherpreise für Energie heranzugehen. Das bedeutet: Große Teile der Bevölkerung müssen den Gürtel noch enger schnallen. Ob alle fünf Regierungsparteien den Gesetzen zustimmen, ist unsicher.

Offenbar planen Ministerpräsident Jazenjuk und Präsident Poroschenko auch eine Umbesetzung des erst im Dezember 2014 zusammengestellten Kabinetts. Am 11. März soll sich entscheiden, wer neu in die Regierung kommt. Dann wird sich auch zeigen, ob Falken oder Tauben in Kiew die Richtung bestimmen.

WEITERE KOMMENTARE

Russland: Der Mord an Nemzow ist ein weiterer Beleg dafür, wie schlecht es um Russland steht. [SEITE 5](#)

Mobilität: Motorräder verkaufen sich wieder viel besser – weil die Hersteller eine Lektion gelernt haben. [SEITE 9](#)

PRESSESTIMMEN

Märkische Allgemeine

Die Zeitung zum Mindestlohn:

„Nach Sportlern, Fernfahrern und Wohlfahrtsverbänden sind es nun die Münchner Wiesn-Wirte, die angesichts der neuen Mindestlohn-Regeln schäumen. Die strenge Dokumentationspflicht, so klagen sie, werde zu steigenden Maß- und Hendl-Preisen führen. Verantwortlich für diese Preisspirale sei nicht der Stundenlohn von 8,50 Euro, sondern der Verwaltungsaufwand. Angesichts der sich mehrenden Kritik wäre SPD-Arbeitsministerin Nahles gut beraten, über pragmatische Verbesserungen nachzudenken.“

Schwäbische Zeitung

Das Blatt zu Nemzow:

„Die Angst ist zurück. Der Tod Boris Nemzows ist ein Akt der Abschreckung und ein politisches Statement: Keiner, der sich gegen Putins Staat stellt, soll sich sicher fühlen. Wladimir Putin wird nicht die öffentliche Beseitigung eines Oppositionellen angeordnet haben, von dem keine Bedrohung ausging. Doch Russlands Präsident trägt die politische Verantwortung dafür. Die gegen die liberalen ‚Verräter‘ gerichtete Propaganda macht die Systemkritiker zu Angriffszielen der nationalistischen ‚Patrioten‘.“

Kieler Nachrichten

Das Blatt zu Nemzow:

„Der Westen sollte darauf geduldig, aber bestimmt reagieren. Die Sanktionen sollten fortgesetzt, wenn nötig verschärft werden. Putins Aggressionen sollten eindeutig verurteilt, die östlichen Nato-Verbündeten mit Waffen unterstützt werden. Putin sollte signalisiert werden, dass der Westen seine Säuberungen und Überfälle nicht tatenlos hinnimmt. Eine solche Position der Stärke müsste langfristig angelegt sein. Auch die Sowjetunion ist schließlich an ihrer inneren Isolation gescheitert.“

Münchner Merkur

Die Regionalzeitung zu Nemzow:

„Im Ukraine-Krieg fallen Putins Gegner nun auch an der Moskauer Heimatfront. Wer immer die vier Schüsse in den Rücken Nemzows abfeuerte: Er sandte damit eine unmissverständliche Lektion an alle Kritiker des Kremldchefs. Mit der Liquidierung der Ikone Nemzow, des wohl einzigen, den Putin fürchten musste, erreicht der Terror eine Qualität, wie sie das nachzaristische Reich zuletzt unter Stalin erlebte. Über Moskau legt sich ein Klima der Einschüchterung. Doch gestern erlebte die Stadt einen Moment der Würde.“



Die bittere Wahrheit

Karikatur: Luff

Aktionismus ist unangebracht

FINANZEN Die tatsächliche Politik der EZB birgt mehr Risiken als die aktuelle Preisentwicklung.

AUSSENANSICHT



PROF. DR. FRANZ SEITZ

Der Autor ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Ostbayerischen Technischen Hochschule Weiden

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat Ende Januar beschlossen, die extreme Niedrigzinspolitik fortzuführen und mit dem Ankauf von (Staats-)Anleihen im Umfang von mehr als 1 Billion (1.000.000.000.000) € zu beginnen. Als Begründung für diese drastischen Maßnahmen diente der EZB die Abwehr deflatorischer Gefahren, d. h. eines anhaltenden und allgemeinen Preisrückgangs. Wie stichhaltig ist diese Argumentation? Und was ist eigentlich so schlecht an einer Deflation?

Ein allgemeiner Preisrückgang bedeutet, dass die Preise auf breiter Front sinken, also nicht nur Einzelpreise. Dies kann auf einen Nachfragerückgang, z. B. eine rückläufige Investitionsstätigkeit oder sinkende Exporte, oder auf verbesserte Angebotsbedingungen, z. B. fallende Rohstoffpreise, Strukturformen auf den Arbeits- und Gütermärkten oder Produktivitätsfortschritte, zurückzuführen sein. Ersteres ist verbunden mit einer wirtschaftlichen Schwächephase und begründet üblicherweise die mit einer Deflation verbundenen negativen Effekte („schlechte Deflation“). Verwiesen wird dabei häufig auf die Erfahrungen im Gefolge der Weltwirtschaftskrise nach 1929. Ganz anders

sieht die Einschätzung allerdings aus, wenn der Deflation angebotsseitig bedingt ist, wie z. B. in Deutschland 1986. Sie geht mit wirtschaftlichem Wachstum einher und ist positiv zu beurteilen („gute Deflation“).

Wie sieht nun die gegenwärtige Lage im Euroraum vor diesem Hintergrund aus? Insgesamt gehen die Inflationsraten gemessen an den Verbraucherpreisen seit Jahren zurück. Preisrückgänge in geringfügigem Ausmaß sind aber erst seit der Jahreswende 2014/15 festzustellen. Der Inflationstrend liegt seit Monaten bei +0,7 Prozent. In den Krisenländern (z. B. Spanien, Portugal, Griechenland) sind Preisrückgänge dagegen schon seit längerem zu beobachten. Dort schwächelt nachfragebedingt auch die Konjunktur.

Der Rückgang der Inflationsraten insgesamt ist primär auf die stark gefallen Ölpreise zurückzuführen. Dieser Effekt wird sicherlich nicht

dauerhaft wirken. Noch dazu sind Ölpreise von der EZB ohnehin nicht zu beeinflussen. Die von ihnen verursachten Preisrückgänge sind auch eher willkommen (wie man tagtäglich beim Tanken erfährt), da sie wie ein kostenloses Konjunkturprogramm wirken. In der Vergangenheit hat die EZB bei ölpreisgetriebenen Preissteigerungen nicht reagiert, wieso jetzt im gegenteiligen Fall? Darüber hinaus greifen die Reformmaßnahmen in den Krisenländern endlich, wodurch diese über Preisensenkungen wettbewerbsfähiger werden. Im Euro-Währungsgebiet insgesamt sind Lohnsenkungen und Deflationserwartungen nicht zu erkennen. Die langfristigen Inflationserwartungen liegen bei etwa 1,6 Prozent. Die Preise werden in nächster Zeit ölpreisbedingt weiter sinken. Aber dabei geht es um eine „gute“, nicht eine „schlechte“ Deflation. Mittelfristig prognostizieren zudem alle Experten für den Euroraum eine anziehende Konjunktur.

Für die EZB bedeutet das alles eigentlich: „Don't worry, be happy.“ Geldpolitischer Aktionismus ist unangebracht; strukturelle und politische Probleme in einzelnen Ländern können von der EZB nicht gelöst werden. Ihre tatsächliche Politik dagegen birgt mehr Risiken als die aktuelle Preisentwicklung.

→ Die Außenansicht gibt die subjektive Meinung des Autors wieder und nicht unbedingt die der Redaktion.

WWW.MITTELBAYERISCHE.DE

Meistgelesen

01 Miss-Wahl Julia Kraml aus Bad Abbach wird in Rust zur zweit schönsten Frau Deutschlands gewählt.

02 Fussball Die Risikobegabung zwischen Dynamo Dresden und dem SSV Jahn Regensburg bleibt friedlich.

03 Fernsehen Sieben Jahre nach dem Aus von „Hinter Gittern“ startet RTL eine neue Frauenkass-Serie.

04 Polizei Nach der brutalen Attacke auf eine Frau in Regensburg nimmt die Polizei einen Tatverdächtigen fest.

05 Umwelt Das Mehrwegsystem für Pfandflaschen wird immer weiter ausgehöhlt. Wird bald eine Umwelt-Zwangsabgabe auf Einweg fällig?

06 Kriminalität Ein bewaffneter Mann versucht, in einem Discounter in Schwandorf Geld zu erpressen.

07 Feuer In Atzenzell im Landkreis Cham brennt ein historisches Gebäude. Menschen werden nicht verletzt.

08 Unfall Auf dem St. Emmeramsplatz in Regensburg kippt ein Geländewagen um. Der Unfallfahrer ist zunächst verschwunden.

Angeschaut

Ob Reality-TV, Krimi-Klassiker, Show-Event oder Hitserie – in unserer Rubrik „Angeschaut“ finden Sie alle Neuigkeiten und Trends aus der bunten Welt des Fernsehens.

www.mittelbayerische.de/angeschaut



Video des Tages

Zwei Jahre lang repräsentierte Angelina Hofmann die Rhaner Brauerei als Prinzessin. Samstagabend wurde sie zur Königin gewählt.

www.mittelbayerische.de/video

facebook -Thema

Zahlen wir bald eine Strafbgabe, wenn wir Getränke beim Discounter kaufen?

Reaktionen der User

Ob Ein- oder Mehrweg, Plastikflaschen sind ein zivilisatorischer Rückschritt – gerade in Deutschland, wo es (noch) ein funktionierendes Glas-Mehrwegsystem gibt. *Arwed*

Eigentlich sollte Coca-Cola Strafe zahlen müssen, weil sie mit ihrer Wegwerfflasche die Umwelt gleich noch mehr schädigen. *Kerstin*

Jeden Tag schwimmen vier Tonnen Plastik über die Donau ins Schwarze Meer! So lange Wasser aus der Leitung kommt, schlepe ich es nicht tonnenweise nach Hause! *Dethomas*

Diskutieren Sie mit uns weiter unter www.mittelbayerische.de/facebook